



Beschluss-Protokoll

Amts-dauer 2005 - 2008

24. Sitzung

Dienstag, 4. März 2008, 17.00 bis 18.10 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Claudia Kretz (FDP), Präsidentin

Anwesend 30 Mitglieder

Entschuldigt

Anwesend Stadtrat 6 Mitglieder

Entschuldigt Pius Keller

Traktanden

- 24.01 Baureglement, 2. Nachtrag; Erlass
- 24.02 Feuerwehrdepot Langfeld; Projektierungskredit
- 24.03 Postulat „Siedlungsentwicklung Stadt Gossau“; Überweisung an VBK
- 24.04 Teilzonenplan Erlenhof IV; Erlass
- 24.05 Teilzonenplan ARA-Areal; Erlass
- 24.06 Friedhof Andwil; Vereinbarung über die Kostenaufteilung; Genehmigung
- 24.07 Neue Parlamentarische Vorstösse

24.01**Baureglement, 2. Nachtrag; Erlass**

Grundlagen sind:

- Bericht und Antrag des Stadtrates vom 8. August 2007;
- Anträge des Stadtrates vom 23. Januar 2008
- Anträge der Parlamentarischen Baukommission vom 5. Februar 2008

Grundsätzlich gilt für den 2. Nachtrag Baureglement die Fassung des Stadtrates vom 6. Juni 2007, soweit sie nicht durch die Fassung vom 23. Januar 2008 ersetzt wurde.

Den Anträgen des Stadtrates stellt die Parlamentarische Baukommission folgenden Änderungsantrag gegenüber:

Art. 18 Geschosse**Abs. 3**

³ Als Dachgeschosse gelten:

a) Geschosse, welche im Dachraum liegen und einen Kniestock (innen gemessenes Fertigmass) von höchstens 1.00 m aufweisen;

b) Attikageschosse, welche auf den Gebäudelängsseiten von Oberkant fertig Boden, zuzüglich einer Brüstungshöhe von 1.00 m, bis zum Schnittpunkt Vorderkant Dachkonstruktion über dem obersten Vollgeschoss unter einem Winkel von 45° a. T. zurückliegen.

Art. 29 Dachaufbauten, Dacheinschnitte und Dachflächenfenster**Abs. 1**

¹ Dachflächen dürfen mit Ausnahme der zulässigen Dachaufbauten eine maximale Neigung von 45° a. T. nicht überschreiten. Spezielle Dachformen wie Mansardendächer, Tonnendächer und dergleichen sind zulässig, sofern sie einschliesslich Konstruktion unter einem Profil von 1.00 m ab der zulässigen Gebäudehöhe und einem Winkel von 45° a. T. von der Fassade zurückstehen.

Eintretensdiskussion:

Ruedi Zingg, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, verliest den Bericht der Kommission. Er weist auf die wesentlichen Änderungen gegenüber der ersten Fassung hin. Die Baukommission hat den 2. Nachtrag mit der erwähnten Änderung einstimmig verabschiedet und beantragt Zustimmung.

Stadträtin Madeleine Stuker teilt mit, dass der Stadtrat die Anträge der Parlamentarischen Baukommission unterstützt und seine Formulierungsanträge zu Art. 18 Abs. 3 und Art. 29 Abs. 1 zurückzieht.

Detaildiskussion:

Zu Art. 7 Abs. 3 Mehrausnützung

Felix Koller (FDP) bevorzugt die bisherige Regelung. Hier ist die Mehrausnützung klar und im Reglement fixiert, nicht abhängig von Personenentscheiden. Die Regelung hat sich bisher bewährt, sie ist einfach und klar begrenzt und bietet trotzdem Spielraum. Er möchte nicht die Möglichkeit für Willkür öffnen. Der relativ grosse Handlungsspielraum der Behörde bringt für den Bauherrn relativ grosse Aufwände, wenn er einen Bonus beanspruchen will. Er beantragt, Art. 7 Abs. 3 in der Version vom 30.5.1994 beizubehalten.

Stefan Lenherr (CVP) möchte aus dem Baureglement nicht ein Kochbuch machen. Die Revision soll nun zu Ende gebracht werden. Die Ausnützungsziffer wird in Zukunft ohnehin in Frage gestellt werden und vielleicht aufgehoben. Er beantragt die Ablehnung des Antrages und Zustimmung zu den Anträgen der Baukommission.

Stefan Schmid (SP) unterstützt den Antrag von Felix Koller. Die offene Ausnützungsziffer stört ihn. Weil das Kantonale Baugesetz ohnehin geändert werden wird, soll die bisherige Regelung bis dahin beibehalten werden.

Felix Koller (FDP) befürchtet, dass ein Ausnützungsbonus von mehr als 30 % sehr schwierig sein wird. Die neue Regelung im Bereich über 20 % wird aber mit der neuen Bestimmung erschwert.

Stadträtin Madeleine Stuker orientiert, dass der Ausnützungsbonus nicht leichtfertig erteilt wird, sondern aufgrund eines Sondernutzungsplanes. Es sollte eine Regelung gefunden werden, welche möglichst viel Qualität garantiert. Sie beantragt, die Text-Variante des Stadtrates zu unterstützen.

Abstimmung über den Antrag von Felix Koller:

Der Antrag von Felix Koller ist mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Zu Art. 17 Gebäude- und Firsthöhe

Stefan Schmid (SP) fragt den Stadtrat zu seinen Handlungsmöglichkeiten betreffend Schutz vor Mobilfunkantennen.

Stadträtin Madeleine Stuker weist darauf hin, dass die wegen den Mobilfunkantennen erlassene Planungszone nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Das Thema Mobilfunk ist auf Gemeindeebene schwierig zu lösen, hier ist die Unterstützung des Kantons nötig.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der 2. Nachtrag zum Baureglement wird einstimmig gemäss Fassung Stadtrat vom 23. Januar 2008 erlassen. Davon ausgenommen sind Art. 18 Abs. 3 und Art. 29, hier wird die Fassung der Parlamentarischen Baukommission übernommen.

24.02

Feuerwehrdepot Langfeld; Projektierungskredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag vom 6. Februar 2008 an das Stadtparlament mit folgendem Antrag:

„Für die Projektierung des Feuerwehrdepots auf GS-Nr. 4252, Langfeld, wird ein Kredit von CHF 663'000 (inkl. Mehrwertsteuer) bewilligt.“

Das Präsidium schlägt vor, dieses Geschäft an die Parlamentarische Baukommission zu überweisen.

Eintretensdiskussion:

Alfred Zahner, Vertreter der Parlamentarischen Baukommission, berichtet, dass die Kommission das Geschäft begutachtet hat und beantragt, der Krediterteilung bereits an der heutigen Sitzung zuzustimmen. Sie möchte, dass das Projekt möglichst zügig umgesetzt werden kann, um die Situation beim heutigen Depot zu entschärfen. Das Projekt überzeugt. In der Planung soll geprüft werden, ob allenfalls weitere Mantelnutzungen möglich sind.

Hans Züst (FDP) findet die Zeit für ein neues Feuerwehrdepot reif. Der Kredit soll heute erteilt werden. Mit der direkten Freigabe wird der Bau des Depots beschleunigt. Die Fraktion stimmt dem Antrag der Parlamentarischen Baukommission zu.

Albert Lehmann (CVP) empfindet die heutige Situation beim Depot als unbefriedigend. Er dankt der Baukommission für die rasche Arbeit und beantragt Zustimmung.

Patrick Scheiwiller (CVP) stimmt ebenfalls zu. Er regt an, die Zu- und Wegfahrt statt im Uhrzeigersinn im Gegenuhrzeigersinn zu prüfen, damit sich die ausfahrenden Feuerwehrfahrzeuge weniger mit den zufahrenden Fahrzeugen kreuzen müssen.

Stadträtin Madeleine Stuker wird das Anliegen in die weitere Prüfung einbeziehen.

Abstimmung über Eintreten an der heutigen Sitzung:

Einstimmig Eintreten beschlossen.

Detaildiskussion:

Die Detaildiskussion wird nicht verlangt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

24.03

Postulat „Siedlungsentwicklung Stadt Gossau“; Überweisung an VBK

Grundlage ist der Bericht und Antrag vom 6. Februar 2008 an das Stadtparlament mit folgenden Anträgen:

1. *Vom vorliegenden Postulatsbericht wird Kenntnis genommen.*
2. *Für Projektentwicklungen im Raum Moosburg und Sommerau (inkl. Erschliessungskonzept Städeli / Weid / Gapf) sowie für das Gebiet Ost wird ein Planungskredit von CHF 120'000 (inkl. MwSt.) gewährt (z.L. Investitionsrechnung Konto 1770.5811).*
3. *Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.*

Der Stadtrat und das Präsidium schlagen vor, dieses Geschäft an eine vorberatende Kommission zu überweisen. Für die Kommissionsbesetzung liegen folgende Vorschläge vor:

CVP	Urs Kempter	Präsident
CVP	Peter Bernhardsgrütter	Mitglied
FDP	Felix Koller	Mitglied
FLiG	Claudia Meier-Uffer	Mitglied
SVP	Roland Seiler	Mitglied

Peter Bernhardsgrütter (CVP) dankt dem Stadtrat für die vorliegende Antwort. Er unterstützt das Anliegen des Stadtrates, die Postulatsantwort breit zu diskutieren, und unterstützt die Einsetzung einer Vorberatenden Kommission.

Beschluss des Stadtparlamentes:

1. Die vorgeschlagene Vorberatende Kommission wird eingesetzt.
2. Das Geschäft wird überwiesen.

24.04**Teilzonenplan Erlenhof IV; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag vom 6. Februar 2008 an das Stadtparlament mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Erlenhof IV“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Stefan Schmid (SP) findet, dass der Erlenhof ein klassisches Dilemma bildet. Eigentlich steht der Betrieb am falschen Ort. Er bittet den Stadtrat, eine faire Lösung auszuhandeln. Auch die Erschliessung mit öffentlichem Verkehr ist ein Anliegen.

Detaildiskussion:

Auf die Detaildiskussion wird verzichtet.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Teilzonenplan wird einstimmig erlassen.

24.05**Teilzonenplan ARA-Areal; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag vom 6. Februar 2008 an das Stadtparlament mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „ARA-Areal“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Ruedi Zingg, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, stellt die modifizierte Version vor und unterstützt diese. Diese entspricht den Bedürfnissen des betroffenen Landwirtes. Was mit dem restlichen Gelände passiert, steht zurzeit nicht fest. Die Trafostation soll bei einer künftigen Nutzung möglichst in ein Gebäude integriert werden.

Patrick Scheiwiller (CVP) möchte auf die Zonenplanänderung verzichten, solange die Nutzung des Restgrundstückes noch offen ist. Somit hat sich seit der ersten Vorlage des Teilzonenplanes nichts Wesentliches geändert. Die Restfläche des Grundstückes ist nun L-förmig und erschwert die Restnutzung des Grundstückes. Er will deshalb derzeit auf einen Teilverkauf verzichten. Der Verkauf bringt nur wenig Geld in die Stadtkasse. Angesichts der offenen Fragen soll auf den Teilzonenplan verzichtet werden.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) stellt fest, dass die Restnutzung des Grundstückes noch nicht klar ist. Die Umzonung bis zum Armbrustschützenstand ist derzeit nicht nötig. Erst wenn Konsens über die Nutzung besteht, soll umgezont werden. Solange nicht ansatzweise eine Idee über die künftige Nutzung besteht, kann sie der Umzonung der Restfläche nicht zustimmen. Die Zweckmässigkeit dieser Umzonung kann heute nicht abgeschätzt werden. Weil das Grundstück der Stadt gehört, ist hier keine Eile geboten. Die Teilfläche, welche für die landwirtschaftliche Nutzung nötig ist, kann heute umgezont werden. Sie beantragt:

Die auf dem Plan vom 22.11.2007 neu grün eingezeichnete Fläche (2'260 m²) soll der Landwirtschaftszone zugewiesen werden. Die Grundstücksnummer 2093 soll in der Zone „Übriges Gemeindegebiet“ belassen werden.

Stefan Schmid (SP) sieht den Antrag nicht ein. Er könnte sich vorstellen, entweder die Umzonung durchzuziehen, oder die Umzonung ganz zu lassen.

Alfred Zahner (FLiG) möchte den Teilbereich am Hang für den Landwirt umzonen. Dies wird das anschliessende ebene Landstück nicht beeinträchtigen.

Stefan Lenherr (CVP) schliesst sich dem Votum von Alfred Zahner an. Die spätere Nutzung des Grundstückes wird frei gehalten. Das Grundstück gehörte vor dem Bau der ARA der Familie des am Land interessierten Landwirts.

Abstimmung über Eintreten:

Dem Eintreten wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Abstimmung über den Antrag von Claudia Meier-Uffer:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Teilzonenplan wird grossmehrheitlich erlassen.

24.06

Friedhof Andwil; Vereinbarung über die Kostenaufteilung; Genehmigung

Grundlage ist der Bericht und Antrag vom 23. Januar 2008 an das Stadtparlament mit folgendem Antrag:

Der Vereinbarung über die Kostenaufteilung auf dem Friedhof Andwil wird zugestimmt.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht benützt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benützt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Vereinbarung wird einstimmig zugestimmt.

24.7

Neue Parlamentarische Vorstösse

- Interpellation SVP-Fraktion „Reinigungs- und Unterhaltsdienst in der Sporthalle Buechenwald“
- Interpellation Alfred Zahner (FLiG) „Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für behinderte Menschen“

- Einfache Anfrage Claudia Martin (SVP) „Website der Stadt Gossau – Wiederaufnahme des virtuellen Gästebuches“

Die Präsidentin



Claudia Kretz

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 10. März 2008 genehmigt.